

Pressestimmen

TOD VON GÜNTER GRASS

DIE WELT

„Offen“ Die Stelle, die mit seinem Tod frei geworden ist, wird wohl nicht wieder besetzt werden: Gemeint ist nicht die des moralischen Gewissens der Nation, als das sich aufzuspielen ihm vorgeworfen worden ist. Auch nicht die des politischen Oberlehrers, der er gar nicht war. Und schon gar nicht ist die Rede vom engagierten Schriftsteller, der in der Literatur ein Mittel zur Verbesserung der Welt sieht. Die offene Stelle, die Grass hinterlässt, ist die des repräsentativen Autors, in dessen Werk sich eine Epoche verdichtet.

Die Welt, Berlin

Süddeutsche Zeitung

„Freizügig“ Er holte den derben Überschwang, die Freizügigkeit im vollen Wortsinn in die Gegenwart der noch jungen Bundesrepublik. Er durchtränkte, was er der Aufbruchzeit der deutschen Literatursprache entnahm, mit dem Geist der literarischen Moderne.

Süddeutsche Zeitung, München

Kalenderblatt



Foto: dpa

DAS GESCHAH AM ...

15. April

1990: Greta Garbo, eine der legendärsten Darstellerinnen der Filmgeschichte, stirbt 84-jährig in New York.

1980: In Paris stirbt der französische Philosoph Jean-Paul Sartre, der 1964 die Annahme des Literaturnobelpreises abgelehnt hatte.

2013: Bei einem Bombenanschlag auf den Boston-Marathon werden drei Menschen getötet und mehr als 100 zum Teil schwer verletzt.

Geburstag: Robert Musil, österr. Schriftsteller (1880-1942)

LESERBRIEFE

Leserbriefe finden Sie auf der Leserdialogseite, Seite 19, und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Sicherheitshalber geschwärzt

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Wilhelm Krautwaschl

Einer, wie ihn die Kirche braucht

Von Anneliese Edlinger

Wolfgang Pucher, der berühmte Armen-Pfarrer von Graz, der sich seit Jahrzehnten für Bettler und andere Menschen am Rande der Gesellschaft einsetzt, ist bestens gelaunt: Jetzt wird mit dem 52-jährigen Wilhelm Krautwaschl doch tatsächlich jener Mann neuer Bischof von Graz, dem er schon vor einem Jahr gesagt hat: „Du wärst der ideale Bischof für mich. Denn du bist ein Mann, gerade so, wie ihn die Kirche braucht.“ Verschämt abgewunken habe Krautwaschl, der Regens des Bischöflichen Seminars Graz damals, erinnert sich Pucher.

Und er erzählt, womit ihn Krautwaschl, der als drittes von vier Kindern auf einem Bauernhof im oststeirischen Gleisdorf aufgewachsen ist, so für sich eingenommen hat. „Er versteht es, selbst die heftigsten Kritiker der katholischen Kirche einzubinden. Denn er belehrt nicht, sondern hört zu und geht mit offenem Herzen auf die Menschen zu“, sagt Pucher.

Tatsächlich gilt Krautwaschl als weltoffener und der Jugend nahe stehender Kirchenmann. Soziale Medien wie Facebook oder Twitter nützt er ganz selbstverständlich, unter krautwaschl.info schreibt er auch einen Blog. „Meine erste Aufgabe ist es als Priester, mit Menschen unterwegs zu sein“, schreibt er da. Bisher war Krautwaschl das vor allem mit jenen 50 jungen Leuten, die im Internat der Katholischen Kirche Steiermark, im sogenannten Bischöflichen Seminar leben, das er seit 2006 als Regens leitet. In Zukunft werden es rund 856.600 weitere Katholiken sein, die ihm als Bischof der Diözese Graz-Seckau anvertraut sind.



Kann gut mit jungen Menschen und Kritikern umgehen: der designierte Bischof von Graz. Foto: Diözese

Offen zu sein, heißt für Krautwaschl, der vor 25 Jahren zum Priester geweiht worden ist, aber nicht, alle aktuellen Strömungen mitzutragen. Den Zölibat beispielsweise hat er kürzlich verteidigt. „Er muss nicht jedem recht geben. Aber er muss jedem einen Platz in der Kirche geben“, meint Pucher. Das will Krautwaschl, der sich der päpstlich anerkannten katholischen Erneuerungsbewegung „Folkolar“ verbunden fühlt, auf jeden Fall.

Leitartikel

Von Josef Lehner



EU entscheidet sich für Teller statt Tank

Die Vorentscheidung über den Einsatz von Pflanzen zur Produktion von Verbrennungskraftstoff ist gefallen (Bericht Seite 9). Im Unterausschuss des EU-Parlaments hat gestern eine deutliche Mehrheit befunden, dass der Anteil des Agrosprits im Tank nicht mehr als sieben Prozent betragen soll. Der Teller – Nahrungsmittel für die Menschen – hat Vorrang vor Mobilität.

Das ist ein politisch korrektes und vertrauensbildendes Votum, gleichzeitig erschüttert es die Verlässlichkeit der EU-Politik. Die hat ja jahrelang gepredigt, bis 2020 die Klimagase um 20 Prozent zu senken, unter anderem mit zehn Prozent Biospritanteil. Gut, das Klimaziel ist auch mit Elektro- oder Wasserstoffantrieben erreichbar. Obendrein hat ja der Agrosprit nicht nur wegen der Tank-Teller-Debatte ein Imageproblem, sondern weil er nicht bio ist, sondern aus Intensivwirtschaft unter hohem Energieeinsatz entsteht.

Mit dem Biosprit-Limit gewinnt die EU Vertrauen – und sie verliert es

Die selbe EU hat aber auch gemeint, Europa müsse die Abhängigkeit von fossiler Energie

aus Russland, dem Nahen Osten oder Nordafrika reduzieren und die Eigenversorgung verstärken – ein völlig richtiger Ansatz. Sie hat die Wirtschaft dazu ermutigt, in Summe 14 Milliarden Euro in Biospritanlagen zu investieren. Einige Werke sind schon geschlossen, weil Energie aus nachwachsenden Rohstoffen seit der Halbierung des Rohölpreises nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Künftig fehlen der Branche Perspektiven für Wachstum und Auslastung der Anlagen. Wieder einmal hat die Politik einen der wichtigsten Grundsätze außer Acht gelassen: langfristige Ziele verfolgen, verlässliche Bedingungen schaffen. Die Zeche zahlen nur auf den ersten Blick die Unternehmen; die Verluste werden die Volkswirtschaften treffen.

Es reicht jetzt nicht aus, in Europa Musterknabe zu spielen. Die Gemeinschaft muss dafür eintreten, dass Biodiesel nicht aus Palmöl erzeugt wird. Binnen zehn Jahren ist die Weltproduktion dieses Öls verdoppelt worden. Entsprechend sind Regenwälder in Indonesien und Malaysia gerodet worden. Die Brüsseler Spitzen sollten gegen Finanzinvestoren auftreten, die in Südamerika und auch Afrika in großem Stil Intensivlandwirtschaft betreiben. Sie sollten sich für die Erntelogistik in der Dritten Welt einsetzen. Die Menschen hungern nicht wegen zu geringer Erntemengen, sondern weil Ware verdirbt. Aber auch hier braucht es eine verlässliche Strategie statt Politflüchtlinge in Entwicklungsländer.

j.lehner@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Schluss mit den Pensionen auf Pump!

Die Diskussion über die Anpassung des Pensionsantrittsalters zeigt exemplarisch, wie schwer es uns offensichtlich fällt, im Sinne der Allgemeinheit langfristig zu denken und zu handeln.

Die Fakten sind kristallklar: Die Lebenserwartung steigt, die Zahl der Pensionisten im Verhältnis zur aktiven Bevölkerung auch. Die Summe der ausbezahlten Pensionen kann heute schon lediglich durch Zuschüsse vom Staat finanziert werden.

Diese Gelder werden über die Neuverschuldung der Republik finanziert. Je länger man untätig zuschaut, desto höher sind die

zur Finanzierung notwendigen neuen Schulden. „Pensionen auf Pump“ also – die (Enkel-)Kinder werden dann schon die Schulden wieder zurückzahlen. Dass diese Rechnung aus einer Generationenperspektive höchst unfair ist und schlicht nicht aufgehen kann, wird jedem klar sein.

Jetzt kann man aus eigennützigen Überlegungen die Augen vor dem Offensichtlichen verschließen oder als Wähler ein System fordern, das die langfristige Finanzierung sicherstellt. Unumgänglich dabei ist, dass das Gleichge-



VON TEODORO D. COCCA

wicht zwischen ein- und ausbezahlten Beträgen ins Pensionssystem nur dadurch erreicht werden kann, wenn entweder die Renten oder die Dauer des Rentenbezuges angepasst wird.

Selbstverständlich ist dabei der Weg zu favorisieren, der die Rentenhöhe nicht tangiert. Dies können wir uns „erkaufen“, indem man das Rentenalter erhöht. Selbstredend wäre es für alle angenehmer, nicht zu dieser Maßnahme greifen zu müssen. Aber Fakten sind nun mal Fakten, die es zu akzeptieren gilt. Das ist weder zynisch noch unsozial, son-

dern einfach die seriöse Auseinandersetzung mit der langfristigen Finanzierbarkeit unseres Pensionssystems.

Exemplarisch zeigt sich dabei, wie schwierig und undankbar es für die Politik ist, der Bevölkerung diese unangenehmen Zusammenhänge zu vermitteln. Als Wähler in pensionsnahem Alter will man natürlich lieber hören, dass die Pensionen nicht angetastet werden oder eigentlich sowieso erhöht gehören.

Diese „zynische“ Haltung gegenüber zukünftigen Generationen und generell gegenüber der Wahrung eines finanziell gesunden Staatsapparates ist höchst ir-

ritierend. Gerade die Haltung der Bewahrer des heutigen Systems lässt vermuten, dass eine automatisierte Berechnung der wichtigsten Pensionsparameter zielführender als jede wiederkehrende Diskussion wäre, bei der emotionale Argumente häufig die rationalen ausstechen.

Der Wähler hat es allerdings auch selber in der Hand, durch sein eigenes Verhalten zu zeigen, dass es keinen Computer braucht, um das Langfristige vor dem Kurzfristigen zu stellen.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Universität Linz